

Verwaltungsgemeinschaft Allmendingen - Altheim

Flächennutzungsplan 2015

1. Teilfortschreibung Gewerbe und Anlagen zur regenerativen Energiegewinnung (2021)

**6. Änderung,
„Erweiterung Sonderbaufläche Agri-Photovoltaik Kohlplatten-
hau“
Gewann Kohlplattenhau
Gemarkung Altheim**

**– Entwurf zum Feststellungsbeschluss –
BEGRÜNDUNG**

Stand: 01.12.2025

Bearbeitung:

Studio Stadtlandschaften
Stadtplanung Architektur GmbH

Silberburgstraße 159A • 70178 Stuttgart
T 0711. 255 09 55 0 • info@studiostadtlandschaften.de
(vormals Wick+Partner Architekten Stadtplaner)

INHALTSVERZEICHNIS

1. Anlass und Planungsziele	3
2. Aufstellungsverfahren	4
3. Abgrenzung des Geltungsbereichs	4
3.1 Lage im Gemeindegebiet	4
3.2 Struktur und Nutzung im Plangebiet	5
4. Zweck der Planung	5
4.3 Sonderbaufläche für Agri-Photovoltaik	5
5. Planungsgrundlagen	6
5.1 Rechtsgrundlagen	6
5.2 Übergeordnete Planvorgaben	6
5.3 Wirksamer Flächennutzungsplan VG Allmendingen / Altheim	9
6. Übersicht der Fläche zur Planänderung	9
6.1 Zukünftige Flächennutzung, Anlagenbeschreibung und Standort	9
6.2 Prüfung möglicher Nutzungs- und sonstiger Konflikte	11
6.3 Archäologische Denkmalpflege	13
6.4 Geologische- und Bodenhinweise	13
7. Zusammenfassung	14

Anlagen:

- Planteil, Stand vom 01.12.2025
- Umweltbericht als gesonderter Teil der Begründung vom 01.12.2025

1. Anlass und Planungsziele

Die von der Freyberg'schen Forstverwaltung und den Stadtwerken Heidenheim AG gegründete Projektgesellschaft Agri-PV Altheim GmbH plant in enger Abstimmung mit der Gemeinde Altheim im Gewinn Kohlplattenhau die südliche Erweiterung einer im Planungsverfahren befindlichen Agri-Photovoltaik-Anlage. Der überwiegende Planbereich wird bisher im gültigen FNP und dessen 1. Teilfortschreibung als landwirtschaftliche Fläche ausgewiesen.

Agri-PV heißt, es wird neben der Energiegewinnung durch die Module eine ergänzende beziehungsweise Doppelnutzung mit grundsätzlich vielfältiger landwirtschaftlicher Nutzung angestrebt. Das landwirtschaftliche Nutzungskonzept ist in Aufstellung und orientiert sich an den Ausschreibungsanforderungen der Bundesnetzagentur bzw. der DIN SPEC.

Mit der Planänderung soll den aktuellen kommunalen Entwicklungsaufgaben entsprochen werden. Die Förderung der Energiewende zum Erreichen weiterer Klimaschutzziele führt zu Flächenbedarfen für den Ausbau solarer Energiegewinnung. Stichworte zur Energiewende sind:

- Nach § 1 Absatz 5 Baugesetzbuch sollen die Bauleitpläne insbesondere dazu beitragen, den Klimaschutz und die Klimaanpassung zu fördern.
- Nach § 1a Absatz 5 Baugesetzbuch soll bei der Aufstellung der Bauleitpläne den Erfordernissen des Klimaschutzes sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.
- Nach § 10 Absatz 1 KlimaG BW müssen die Treibhausgasemissionen in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2030 um mindestens 65 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 reduziert werden. Bis zum Jahr 2040 wird über eine schrittweise Minderung Netto-Treibhausgasneutralität („Klimaneutralität“) angestrebt.
- Die besondere Bedeutung erneuerbarer Energien ist in § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) verankert. Auch gemäß § 22 Nummer 2 KlimaG BW kommt den erneuerbaren Energien sowie dem Verteilnetzausbau besondere Bedeutung zu.

Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom oder Wärme aus erneuerbaren Energien und der dazugehörigen Nebenanlagen sowie die Errichtung, der Betrieb und die Änderung der Stromverteilnetze und der für deren Betrieb notwendigen Anlagen (soweit dies für die Errichtung und den Betrieb der Erzeugeranlagen und den Ausbau der Elektromobilität erforderlich ist) liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Durch diese gesetzliche Festlegung werden diese Maßnahmen in der Abwägung mit anderen Schutzgütern entsprechend ihrer Bedeutung für die öffentliche Sicherheit und bei der Verwirklichung des Landesklimaschutzziels höher gewichtet und ihnen wird in der Regel ein Vorrang eingeräumt, wobei die Umstände des Einzelfalls in den Abwägungs und Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen sind.

Gemäß § 3 Absatz 1 Satz 4 KlimaG BW sollen insbesondere bei energiebedingten Treibhausgasemissionen das Vermeiden und Verringern der Emissionen in erster Linie durch Einsparung sowie effiziente Bereitstellung, Umwandlung, Nutzung und Speicherung von Energie sowie durch den Ausbau und die Nutzung erneuerbarer Energien erreicht werden. Diese Maßnahmen haben besondere Bedeutung, auch wenn es sich im Einzelfall um geringe Beiträge zur Treibhausminderung handelt (siehe § 3 Absatz 1 Satz 2 KlimaG). Dies ergibt sich aus dem Umstand, dass ca. 90 Prozent der Treibhausgasemissionen energiebedingt sind.

Um die Klimaschutzziele nach § 10 Absatz 1 KlimaG BW zu erreichen, kommt es entsprechend des Zielszenarios aus dem Forschungsvorhaben „Sektorziele 2030 und Klimaneutrales Baden-Württemberg 2040“ wesentlich darauf an, sowohl den Energieverbrauch deutlich zu reduzieren als auch den Ausbau der erneuerbaren Energien in allen Bereichen deutlich voranzutreiben.

Bei der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien bedarf es einer Erhöhung des Anteils an der Bruttostromerzeugung von 35,9 Prozent im Jahr 2022 (erste Abschätzung) auf 82 Prozent im Jahr 2030 (das entspricht mehr als einer Verdopplung innerhalb von weniger als zehn Jahren) und auf 98 Prozent im Jahr 2040.

Die Lücke zwischen der voraussichtlich in Zukunft benötigten Strommenge und der mit der heute installierten Leistung von Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien erzielbaren Strommenge ist so groß, dass jede neue Anlage benötigt wird, um diese Lücke zu verkleinern. Dies gilt gerade auch mit Blick auf die Zubauentwicklung der vergangenen Jahre.

Zusätzlich kommt es zum Erreichen der Klimaschutzziele auf internationaler und nationaler Ebene sowie auf Landesebene außerdem auch darauf an, die Treibhausgasemissionen so früh wie möglich zu vermindern, da die kumulierte Menge der klimawirksamen Emissionen entscheidend für die Erderwärmung ist (siehe dazu Beschluss des BVerfG vom 24. März 2021, Az. 1 BvR 2656/18 u.a.).

Die Lage des Planbereichs weist günstige Voraussetzungen für die Nutzung der Sonnenenergie auf. Ohne Verschattung und mit einer Globalstrahlung von 1.121 – 1.130 kWh/m² (mittlere Jahreswerte)(Energieatlas Baden-Württemberg über LUBW Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg: Globalstrahlung – mittlere jährliche Sonneneinstrahlung; online: <https://udo.lubw.baden-wuerttemberg.de/>; (abgerufen: 08.01.2025)) sind gute Ertragsbedingungen zur Stromgewinnung mittels Photovoltaik gegeben.

Das städtebauliche Ziel ist die Erweiterung einer Freiflächenphotovoltaikanlage als Agri-PV-Anlage. Neben der Energiegewinnung durch die Module soll eine ergänzende bzw. Doppelnutzung durch Erhalt landwirtschaftlicher Flächennutzung gesichert werden. Die nachfolgende verbindliche Bauleitplanung soll die Agri-PV-Anlage zwingend fordern.

2. Aufstellungsverfahren

Das Aufstellungsverfahren der Flächennutzungsplanänderung wird in einem Vollverfahren aufgestellt. Gemäß den Anforderungen des § 2a BauGB werden für die Belange des Umweltschutzes eine Umweltprüfung durchgeführt, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden.

Die Aufstellung des Bebauungsplans erfolgt im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB.

3. Abgrenzung des Geltungsbereichs

3.1 Lage im Gemeindegebiet

Der Planbereich liegt auf Gemarkung der Gemeinde Altheim etwa 1 km nördlich vom Siedlungsbereich der Ortschaft Altheims im Gewann Kohlplattenhau. Der Geltungsbereich umfasst einen größeren, relativ ausgeräumten Feldflurbereich mit Acker- und Grünlandnutzung auf den Flurstücken mit der Nr. 926/3, 926/4, 926/5, 926/6, 926/7, 926/8, 926/9, 926/10, 926/11, 926/12, 926/13, 926/14, 926/15, der Wegparzelle 889/1 sowie Teile der Wegparzellen 900/23 und 315. Nach Norden grenzt die aktuell noch landwirtschaftliche genutzte Fläche des Flurstück 900/2 an.

Der Geltungsbereich umfasst insgesamt eine Fläche von rund 8 ha, dies erlaubt eine Leistung von ca. 8 MWp. Der zu überplanende Bereich wird nach Norden und Westen durch die landwirtschaftliche Parzelle 900/2 begrenzt. Nach Osten wird der Geltungsbereich

durch das landwirtschaftlich genutzte Flurstück Nr. 889 begrenzt. Auf dem Flurstück 900/23 führt ein Weg am Westrand durch das Plangebiet, weiter nach Norden und dann als Teil des Flurstück 900/2 zum Waldrand. Auch am Ostrand des Plangebiets führt ein Wirtschaftsweg auf dem Flurstück Nr. 889/1 nach Norden und dann auf Flurstück 900/2 zum Waldrand. An die Südgrenze grenzen Feldwege der Flurstücke 900/24 und 900/26 an.

3.2 Struktur und Nutzung im Plangebiet

Am nördlichen Rand des Geltungsbereichs sind einzelne Gehölze zu finden. Ansonsten wird der Planbereich als Ackerflächen und Grünland genutzt und stellt somit eine in der Region häufig vorzufindende strukturarme Ausprägung der Kulturlandschaft dar.

4. Zweck der Planung

4.3 Sonderbaufläche für Agri-Photovoltaik

Es sollen mit der 6. Änderung die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung der nördlich und westlich des Geltungsbereich geplanten Agri-Photovoltaikanlage (siehe 1. FNP - Änderung) geschaffen werden. Die geplante Anlage und die Erweiterung dienen der großflächigen Nutzung der Solarenergie für eine umwelt- und ressourcenschonende Stromerzeugung mittels Photovoltaik bei gleichzeitiger Erhaltung der landwirtschaftlichen Nutzung in einer auszuweisenden Sonderbaufläche.

Eine solche Ausweisung ist grundsätzlich notwendig, um über die verbindliche Bauleitplanung (Bebauungsplan) die Realisierung im Außenbereich überhaupt zu ermöglichen. Anders als für Windenergieanlagen (WEA) fehlt großflächigen, selbständigen Solar- und Photovoltaikanlagen in der Regel die Privilegierung nach § 35 BauGB.

Für Flächen in einem Korridor von 200m entlang von Autobahnen und Schienenwegen hat die Bundesregierung mit dem "Gesetz zur sofortigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für die erneuerbaren Energien im Städtebaurecht", das im Wesentlichen am 01.01.2023 in Kraft getreten ist, eine Privilegierung für Photovoltaikfreiflächenanlagen (§ 35 Abs. 2 Nr. 8b BauGB) dort vorgesehen, die Privilegierungskriterien treffen hier nicht zu.

Die Förderung regenerativer Energien ist bundes-, landes- und kommunalpolitisches Entwicklungsziel.

Nach § 1 Absatz 5 Baugesetzbuch sollen die Bauleitpläne insbesondere dazu beitragen, den Klimaschutz und die Klimaanpassung zu fördern. Nach § 1a Absatz 5 Baugesetzbuch soll bei der Aufstellung der Bauleitpläne den Erfordernissen des Klimaschutzes sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.

Auch aus Sicht der Landesregierung ist die Stromerzeugung durch Photovoltaik ein wesentlicher Baustein, um die Energiewende umzusetzen und die im Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg verankerten Ziele zu erreichen. Neben einem starken Ausbau der Photovoltaik auf Dachflächen ist daher auch ein Ausbau von Photovoltaikanlagen auf Freiflächen erforderlich.

Am 1. Februar 2023 hat der Landtag von Baden-Württemberg das Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg verabschiedet. Mit diesem Gesetz wird das Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg aus dem Jahr 2013, das in den Jahren 2020 und 2021 novelliert wurde, fortentwickelt und konkrete Ziele zur Energiewende formuliert. Es sind hierzu Maßnahmen zum Erreichen des Staatsziel Klimaschutz und -anpassung benannt.

Die Energiewende ist zwingend zur Reduktion der Emissionen mit dem Ziel der Treibhausneutralität 2040. Auf Gemeindeebene ist die Bereitstellung geeigneter Flächen durch lokale Akteure und deren planungsrechtliche Vorbereitung im Rahmen der kommunalen Planungshoheit durch die Bauleitplanung möglich.

Die Teilfortschreibung Flächennutzungsplan Gewerbe+Energie 2021 weist bereits Vorrangflächen zur Nutzung von Solarenergie aus, diese befinden sich aber beide auf dem Gebiet der Gemeinde Allmendingen.

Vor dem Hintergrund der Gemeindeziele zur Energiewende einerseits sowie den Zielen des Baugesetzbuchs einer nachhaltigen Entwicklung und des Schutzes der Umwelt, der natürlichen Lebensgrundlagen und des Klimaschutzes andererseits, soll mit der Flächennutzungsplanänderung der Aspekt regenerativer Energienutzung erweitert werden. Die Ausweisung von Flächen für großflächige Agri-Photovoltaikanlagen dient als Beitrag zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung.

5. Planungsgrundlagen

5.1 Rechtsgrundlagen

- Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. S. 394)
- Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I. S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176)
- Planzeichenverordnung (PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991 S.58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802)
- Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.03.2010 (GBl. S. 357, ber. S. 416), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. November 2023 (GBl. S. 422)
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege, Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 153) geändert worden ist.
- Gesetz des Landes Baden-Württemberg zum Schutz der Natur und zur Pflege der Landschaft (Naturschutzgesetz – NatSchG) vom 23. Juni 2015 (GBl. S. 585), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 7. Februar 2023 (GBl. S. 26, 44)
- Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306)

Datengrundlagen

- Verwaltungsgemeinschaft Allmendingen / Altheim:
Flächennutzungsplan 1. Teilfortschreibung Gewerbe+Energie 2021, wirksam seit 19.03.2021
- Gemeinde Altheim:
Bebauungsplan "Erweiterung Sondergebiet Agri-Photovoltaik Kohlplattenhau" –
Unterlagen zum Vorentwurf, Stand vom 08.01.2025, gefertigt von Studio Stadtlandschaften

5.2 Übergeordnete Planvorgaben

Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind die Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen.

Die in den übergeordneten Planungen als Freiflächen-PV-Anlagen oder Freiflächen-Solaranlagen bezeichneten Anlagen umfassen auch Agri-Photovoltaikanlagen auf Freiflächen.

5.2.1 Landesentwicklungsplan 2002 (LEP)

Die Landesplanung formuliert in Bezug auf die Aspekte der Planänderung folgende Ziele:

Zur langfristigen Sicherung der Energieversorgung ist auf einen sparsamen Verbrauch fossiler Energieträger, eine verstärkte Nutzung regenerativer Energien sowie auf den Einsatz moderner Anlagen und Technologien mit hohem Wirkungsgrad hinzuwirken. Eine umweltverträgliche Energiegewinnung, eine preisgünstige und umweltgerechte Versorgung der Bevölkerung und die energiewirtschaftlichen Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft sind sicherzustellen. (4.2.2 (Z))

Die Energieerzeugung des Landes ist in ihrer Leistungsfähigkeit zu sichern. Der Ersatz und Erweiterungsbedarf an Kraftwerken soll grundsätzlich durch Erzeugungsanlagen im Land gedeckt werden. Dazu sind geeignete Standorte zu sichern. (4.2.3 (G))

Stromerzeugung

Für die Stromerzeugung sollen verstärkt regenerierbare Energien wie Wasserkraft, Windkraft und Solarenergie, Biomasse, Biogas und Holz sowie die Erdwärme genutzt werden. Der Einsatz moderner, leistungsstarker Technologien zur Nutzung regenerierbarer Energien soll gefördert werden. (4.2.5 (G))

5.2.2 Regionalplan Donau-Iller

Der Planbereich ist in der Raumnutzungskarte der Gesamtfortschreibung des Regionalplans Donau-Iller als weiße Fläche ohne regionalplanerische Ziel- bzw. Restriktionsfestlegung dargestellt. Nach Norden grenzt die Walddarstellung, südöstlich der Planfläche wird ein Gebiet für Landwirtschaft (VBG) – PS B I 2.1 G (3) ausgewiesen.

Zur Energieversorgung sind folgende Grundsätze formuliert:

G (1) Die Erhaltung und Entwicklung einer zuverlässigen, wirtschaftlichen und zugleich umwelt- und klimaverträglichen regionalen Energieversorgung soll durch einen Um- und Ausbau der Energieinfrastruktur sichergestellt werden.

G (2) Die regional verfügbaren erneuerbaren Energiepotenziale sollen genutzt werden. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien soll die Verträglichkeit mit natur- und landschaftsschutzbezogenen, landwirtschaftlichen und siedlungsstrukturellen Belangen besonders berücksichtigt werden.

In der Begründung heißt es hierzu:

Der LEP Baden-Württemberg 2002 fordert in Plansatz 4.2.2 eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien. Zur Umsetzung der weitgehend übereinstimmenden Klima- und energiepolitischen Ziele von Bund und Ländern soll auch in der Region Donau-Iller durch den Umstieg auf eine umweltverträgliche und nachhaltige Nutzung möglichst regional verfügbarer Energiepotenziale langfristig eine praktisch vollständige Dekarbonisierung der Energieerzeugung erreicht werden. Dafür ist ein entsprechend konsequenter weiterer Ausbau der erneuerbaren Energieträger in der Region erforderlich.

Bei diesem Ausbau sind auch die Folgewirkungen des Raumanspruchs der erneuerbaren Energien zu berücksichtigen. Durch die Errichtung von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien können sich u. a. Auswirkungen auf Natur und Landschaft, Land- und Forstwirtschaft, aber auch auf die Siedlungsentwicklung ergeben.

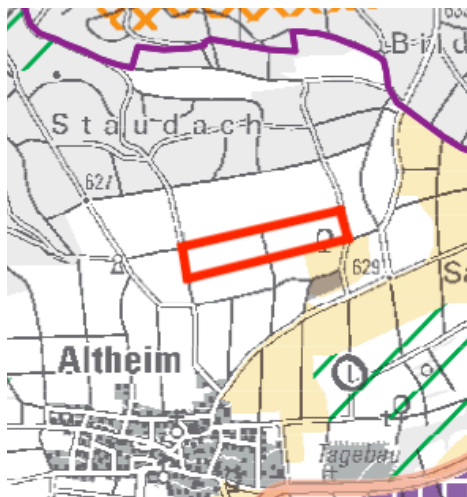


Abb. 1: Ausschnitt aus der RNK der Gesamtfortschreibung des Regionalplans Donau-Iller

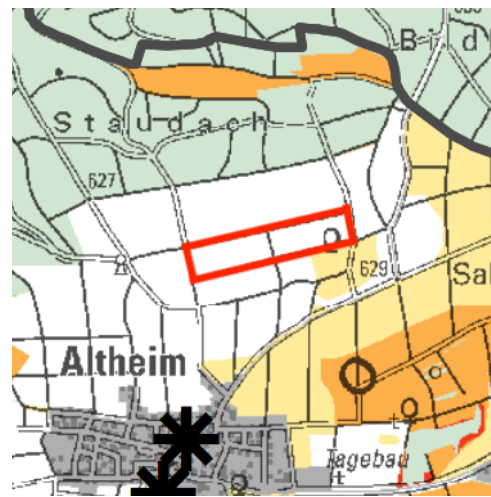


Abb. 2: Ausschnitt aus der Karte „Erweiterte Planungshinweise Freiflächen-Photovoltaik“

5.2.3 Erweiterte Planungshinweiskarte der Regionalplanung

Im Rahmen der Regionalen Planungsoffensive der Landesregierung in Baden-Württemberg wurden von den Regionalverbänden im Hinblick auf regionalplanerische Kriterien Planungshinweiskarten für Photovoltaik erarbeitet.

Der Verband Region Donau-Iller hat darüber hinaus eine erweiterte Planhinweiskarte für Freiflächen-Photovoltaikanlagen erarbeitet, die auch regionalplanexterne Restriktionen wie z.B. den fachlichen Natur- und Landschaftsschutz für die gesamte Region berücksichtigt.

Die regionsweite Bewertung des Konfliktpotenzials für die Nutzung mit großflächigen Freiflächen-Photovoltaikanlagen erfolgt dabei auf Grundlage eines Kriterienkatalogs. Die im Kriterienkatalog aufgeführten Einzelkriterien werden drei Flächenkategorien zugeordnet. Unterschieden wird zwischen Flächen mit „sehr hohem Konfliktpotenzial“, Flächen mit „hohem Konfliktpotenzial“ und Flächen mit „mittlerem Konfliktpotenzial“. Die aufgeführten gebietlichen Festlegungen sind dem aktuellen Regionalplan entnommen.

Die in der Karte dargestellten Konfliktpotenziale stellen die übergeordnete Sicht im Hinblick auf die regional verortbaren Konfliktpotenziale einer Freiflächenphotovoltaik-Nutzung dar.

Aus der vom Verband Region Donau-Iller vorgelegten erweiterten Planhinweiskarte für Freiflächen-Photovoltaikanlagen, sind die Flächen nach regionalplanexternen Restriktionen wie z.B. den fachlichen Natur- und Landschaftsschutz für die gesamte Region berücksichtigt. Die Fläche zur 1. Änderung hat der Karte entsprechend ein geringes Konfliktpotential.

5.2.4 Entwicklungspolitische Vorgaben

Entsprechend den Bestrebungen des Gesetzgebers soll der Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms wesentlich gesteigert werden, mit dem Ziel der vollständigen Substitution fossiler Energieträger. Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz EEG 2021 hat der Gesetzgeber die Umsetzung seiner bisherigen klimapolitischen Ziele bereits gestärkt.

Bereits mit dem EEG 2021 soll der Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms bis zum Jahr 2030 auf mindestens 65% erhöht werden (Erneuerbare-Energien-

Gesetz EEG 2021). Ziel dieses Gesetzes war es ferner, dass vor dem Jahr 2050 der gesamte Strom, der im Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone (Bundesgebiet) erzeugt oder verbraucht wird, treibhausgasneutral erzeugt wird (§1 Abs. 3 EEG 2021).

Mit dem EEG 2023 soll der Ausbau der Erneuerbaren Energien nochmals forciert werden. Zur Beschleunigung des Ausbaus von erneuerbaren Energien greift seit Mitte 2022 (29. Juli) der Grundsatz, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Damit haben erneuerbare Energien bei Abwägungsentscheidungen Vorrang. So wird u.a. die Flächenkulisse für PV-Freiflächenanlagen erweitert.

5.2.5 Benachteiligte Gebiete nach EEG 2023:

Die Benachteiligten Gebiete nach Definition EEG sind insoweit relevant, als Baden-Württemberg von der Länderöffnungsklausel Gebrauch gemacht und Flächen auf Acker- und Grünland in benachteiligten Gebieten als vergütungsfähige Flächen eröffnet.

Nach Energieatlas Baden-Württemberg bzw. dem Kartendienst lel-web.de ist die Gemarkung Kohlplattenhau nicht als 'benachteiligtes' Gebiet nach EEG dargestellt. In der Gemeinde Altheim ist dies mit Ausnahme einiger Randflächen überall der Fall.

5.2.6 Resumée:

Die geplante Entwicklung zur Förderung der Gewinnung regenerativer Energien fügt sich inhaltlich und räumlich grundsätzlich in die Ziele der Raumordnung und gesetzlicher Rahmenbedingungen bezüglich einer ressourcenschonenden Entwicklung ein.

In 6.1 ff. erfolgt eine weitergehende flächenbezogene Prüfung auf die Anforderungen.

5.3 Wirksamer Flächennutzungsplan VG Allmendingen / Altheim

Die 1. Teilfortschreibung des Flächennutzungsplan der Verwaltungsgemeinschaft Allmendingen / Altheim (Fortschreibung Gewerbe+Energie 2021), genehmigt am 19.03.2021, stellt das Teilgebiet der beabsichtigten Ausweisungen als Fläche für die Landwirtschaft i.S.d. § 5 Abs. 2 Nr. 9 BauGB dar. Außerdem wird die Wasserschutzgebietszone dargestellt und ein Teil als Vorrangfläche für die Nutzung von Windenergie liegt im Gebiet.

6. Übersicht der Fläche zur Planänderung

Agri-Photovoltaik Anlage Kohlplattenhau, Altheim	
Lage:	Nördlich von Altheim, östlich von Allmendingen
Flurstück:	926/3, 926/4, 926/5, 926/6, 926/7, 926/8, 926/9, 926/10, 926/11, 926/12, 926/13, 926/14, 926/15 sowie Teile von 900/23, 315 und 889/1
Größe:	ca. 7,9 ha
Derzeitige Flächenausweisung FNP 2021	Landwirtschaftliche Fläche
Geplante Flächenausweisung	Sonderbaufläche (Agri-PV)

6.1 Zukünftige Flächennutzung, Anlagenbeschreibung und Standort

Die Flächen innerhalb des Planbereichs werden als geplante Sonderbaufläche, Zweckbestimmung „Agri-PV“ gem. § 1 Abs. 1 Nr. 4 BauNVO ausgewiesen.

Die Anlagencharakteristik ist dem jeweiligen Vorhaben vorbehalten und wird im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung bezüglich der Gebietsfestsetzung und planungsrechtlichen Vorgaben konkretisiert.

Bei Agri-Photovoltaikanlagen handelt es sich in der Regel um aufgeständerte Photovoltaikmodule mit einer Nutzung der Flächen unter diesen durch die Landwirtschaft. Üblicherweise werden die Modulständer/-tische lediglich punktuell durch Rammpfosten aufgestellt. Eine Fundamentierung ist regelmäßig nicht erforderlich.

Die Modulträger erlauben dabei die Aufstellung nach dem Geländeverlauf, mit wesentlichen Erdbewegungen zur Nivellierung der Flächen ist daher nicht zu rechnen. Der in Abhängigkeit von der Verschattungsfreiheit und Befahrbarkeit für landwirtschaftliche Maschinen gewählte Abstand zwischen den Moduleinheiten gewährleistet die Weiterführung der landwirtschaftlichen Nutzung, diese stellen gleichzeitig die Zugänglichkeit für Montage- und Reparaturarbeiten dar. Innerhalb der Anlage werden voraussichtlich aufgrund der Größe mehrere Trafostationen angelegt.

Agri-Photovoltaik ist grundsätzlich gegenüber „normaler“ Freiflächen-Photovoltaik zu präferieren, da eine effizientere Flächenausnutzung stattfindet.

Erforderliche Ausgleichflächen sollen standortbezogen konzipiert und umgesetzt werden, um innerhalb der Fläche eine grünordnerische und habitatfördernde Aufwertung zu erzielen.

Zum Schutz vor möglichen Beschädigungen wird in der Regel um das Vorhaben ein Zaun erstellt. Hierbei sind neben den Schutz- bzw. Sicherheitsaspekten auch Umweltbelange bzgl. einer Durchlässigkeit für Kleintiere zu berücksichtigen.

Zur Einspeisung des Stromertrags sind Erdleitungen zum nächsten Einspeisepunkt erforderlich. Diese befinden sich außerhalb der FNP-Flächendarstellung und sind nicht Gegenstand des Flächennutzungsplanänderungsverfahrens. Die Realisierung der erforderlichen Leitungstrassen ist jeweils vom Vorhabenträger frühzeitig zu sichern.

6.1.1 Standortauswahl- und entscheidung

Die Gemeinden Allmendingen und Altheim haben bereits im Jahr 2010 als Verwaltungsgemeinschaft eine gemarkungsweite Standortuntersuchung zur Erfassung geeigneter Flächen für Freiflächensolaranlagen durchführen lassen. Anhand diverser Untersuchungs- und Prüfkriterien wurden aus einem Flächenpool die aus städtebaulich und landschaftsräumlicher Sicht als am besten geeigneten Flächen als Potenzialflächen ermittelt und als Eignungsstandorte für Freiflächensolaranlagen empfohlen. Das Ergebnis der Eignungsflächen wurde in den Gemeinderäten beraten; eine Übernahme in den Flächennutzungsplan erfolgte (noch) nicht.

Auf Gemarkung Altheim wurde im Ergebnis ein Vorrangbereich (Fläche 21) nördlich Altheims als geeignet festgelegt, der den nun vorgesehenen konkreten Planbereich umfasst. Mit der Standortuntersuchung zu großflächigen Solaranlagen in der freien Landschaft (Wick+Partner, Stand 01.03.2010) liegt damit bereits eine Standortalternativenprüfung vor, mit deren Ergebnis die Standorteignung des Gewinn Kohlplattenhau gegenüber anderen Flächen bestätigt wurde.

Bei der punktuellen Flächennutzungsplanänderung handelt es sich um konkrete Vorhabenplanung für den jeweiligen Standort. Die Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft möchten zur Energiewende durch Förderung regenerativer Energiegewinnung im Allgemeinen und hier über die Schaffung der bauleitplanerischen Voraussetzungen für Agri-Photovoltaikanlagen im Besonderen beitragen.

Die Flächenanforderungen zur Einspeise- und Fördergunst werden durch verschiedene bundes- und landesplanerische Vorgaben definiert, nach deren Kriterien die Flächenausweisung geprüft wurde. Seitens der Gemeinden besteht insbesondere in der planungsrechtlichen Steuerung im Rahmen ihrer Planungshoheit die aktive Unterstützung, die Voraussetzungen für eine zeitnahe Realisierung einer Agri-Photovoltaikanlagen zu schaffen.

Daher war für die Flächenauswahl ein ebenso wesentliches Kriterium die konkrete und absehbare Umsetzungsabsicht durch einen Vorhabenträger. Es ist für die Fläche eine zeitlich absehbare Umsetzung zu erwarten, die insbesondere auch in der parallelen verbindlichen Bauleitplanung erkennbar ist. Hierbei werden die landschaftsräumlichen, ökologischen und landwirtschaftlichen Belange im Umweltbericht zur FNP-Änderung sowie in der Bebauungsplanaufstellung durch den dortigen Umweltbericht konkret erfasst, bewertet und in die Abwägung eingestellt.

Mit der Flächenausweisung leisten die Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft einen wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen Energiegewinnung.

Die plangegegenständliche Fläche erfüllt die Kriterien der Privilegierung in der Bauleitplanung nicht.

6.1.2 Landwirtschaft

Für die Landwirtschaft ist der Boden auf Grund der mittleren bis hohen Bodenfruchtbarkeit (LGRB) und Vorbehaltsflur I (nach Flurbilanz 2022) dementsprechend landbauwürdig. Die Flächen bleiben der Landwirtschaft durch die Doppelnutzung erhalten.

6.1.3 Baurecht auf Zeit

Mit dem aufzustellenden Bebauungsplan soll Baurecht auf Zeit geschaffen werden. Nach § 9 Abs. 2 BauGB soll eine Befristung erfolgen, die eine Rückbauverpflichtung im Rahmen des städtebaulichen Vertrags einschließt.

6.2 Prüfung möglicher Nutzungs- und sonstiger Konflikte

6.2.1 Immissionsschutz

Der Planbereich hat gegenüber schutzwürdigen Nutzungen einen ausreichenden Abstand, so dass aus der geplanten Nutzung keine Immissionskonflikte zu erwarten sind. Die Agri-Photovoltaikanlage ist grundsätzlich so zu errichten und zu betreiben, dass schädliche Umwelteinwirkungen in Form von Lichtreflexionen mit Blendwirkung auf Wohnbebauung oder Verkehrswege vermieden werden.

An das Plangebiet grenzen landwirtschaftliche Flächen. Bei deren Bewirtschaftung können sporadisch Staub, Lärm und Erschütterungen entstehen, die negative Auswirkungen auf die Solarmodule haben können.

6.2.2 Naturschutz

Entsprechend den Vorgaben des Baugesetzbuches (BauGB) sind die Auswirkungen des Vorhabens schutzgutbezogen zu ermitteln und zu bewerten; dies erfolgt im Umweltbericht zur Flächennutzungsplanänderung.

Die Errichtung von Agri-Photovoltaikanlagen wird im vorgeschlagenen Planbereich in der Fläche des Naturdenkmal „2 Winterlinden“ liegen, welche an der Südgrenze als Einzeldenkmäler stehen. Ebenfalls befindet sich in der erweiterten Umgebung südwestlich das Natureinzeldenkmal „Obstbaumallee (63 Obstbäume)“. Die betroffenen Naturdenkmäler werden erhalten. Sonstige naturschutzrechtliche Schutzgebiete sind von der Planung nicht betroffen.

Auf Ebene des Bebauungsplans ist für die Winterlinden ein Mindestabstand von diesen durch Bewirtschaftung und PV-Module festzusetzen.

Die bisher landwirtschaftlichen Flächen werden durch die Erstellung der PV-Anlagen nicht versiegelt, so dass das Bodengefüge nicht nachhaltig beeinträchtigt werden wird.

6.2.3 Artenschutz

Auf Ebene der Flächennutzungsplanung sind die Artenschutzbelange im Sinne einer überschlägigen Vorabschätzung zu berücksichtigen, soweit sie auf dieser Ebene bereits ersichtlich sind. Auf diese Weise lassen sich Darstellungen vermeiden, die in nachgeordneten Verfahren aus Artenschutzgründen nicht umgesetzt werden können.

Aufgrund des Habitatpotenzials können Offenlandarten wie z.B. Feldlerchen vorkommen. Nach derzeitigem Kenntnisstand kommen Feldlerchen im Plangebiet vor (siehe artenschutzrechtliche Prüfung zum Bebauungsplan), entsprechend sind auf Ebene des Bebauungsplans CEF-Maßnahmen für die kartierten Feldlerchen festzusetzen. Artenschutzbedingte Verbotstatbeständen gemäß § 44 BNatSchG sind unter Berücksichtigung von CEF-, Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen auf Bebauungsplanebene nicht zu erwarten.

6.2.4 Straßen

Der jeweils gesetzlich vorgeschriebene Anbauverbotsstreifen zu überörtlich klassifizierten Straßen, insbesondere hier Landes- und Kreisstraßen, ist grundsätzlich zu berücksichtigen, trifft aber hier nicht zu.

6.2.5 Brand- und Katastrophenschutz

Die Zufahrt von öffentlichen Verkehrswegen zum Gelände und die Wege innerhalb der Anlage müssen gemäß VwV Feuerwehrflächen von Fahrzeugen mit einer Gesamtmasse von 16 Tonnen befahren werden können.

Für die PV-Anlage ist an geeigneter Stelle eine Gleichstrom-Freischaltstelle vorzusehen, welche die Feuerwehr im Falle eines Brand- oder sonstigen Einsatzes betätigen kann. Der genaue Standort ist ggf. noch festzulegen.

Alternativ kommen auch automatische Abschalteinrichtungen in Betracht. Die Hauptstromverteiler und Zähler- / Verteilerkasten sind mit einem entsprechenden Hinweisschild nach BGV A8 zu kennzeichnen.

Auf Ebene der Genehmigungsplanung ist für das Gelände ein Feuerwehrplan nach DIN 14095 zu erstellen. In dem Plan muss die Leitungsführung bis zum / zu Wechselrichter/-n und von dort bis zum Übergabepunkt des Energieversorgungsunternehmens erkennbar sein.

Bei der Feuerwehr sowie in der Leitstelle muss eine Telefonnummer mit der dauerhaften Erreichbarkeit eines Verantwortlichen für die bauliche Anlage sowie Adresse und Erreichbarkeit des zuständigen Energieversorgungsunternehmens hinterlegt werden.

6.2.6 Bestehende Infrastrukturen

Im Geltungsbereich des Gesamtflächennutzungsplans befinden sich Ver- und Entsorgungsleitungen unterschiedlicher Träger beziehungsweise Versorgungsunternehmen. Vor Beginn von baulichen Maßnahmen besteht Erkundungspflicht bei den Versorgungsunternehmen durch die Vorhabenträger einzelner Maßnahmen.

Innerhalb des in der 6. FNP-Änderung dargestellten Planbereichs wird auf Folgendes hingewiesen:

Verweis auf Gasleitung:

Der nördliche Rand des Gebiets wird von einer Gasleitung und Telekommunikationsanlagen der terranets bw GmbH bzw. dem zugehörigen Schutzstreifen der Leitung tangiert.

Da die exakte Lage der Leitung nicht bekannt ist, sind Suchschlitze zur Lokalisierung dieser zu graben.

Benötigte Anforderungen und Abstände von den Bestandsleitungen sind zu ermitteln und einzuhalten. Es soll kein Eingriff in die Anlage bzw. deren Betrieb stattfinden.

6.2.7 Wasserschutzgebiet

Der Planbereich liegt in einem Wasserschutzgebiet "Ringingen Zippenäcker" (LUBW-Nr.: 425 207) in der Wasserschutzzone IIIB. Durch das Vorhaben sind aufgrund des geringen Versiegelungsgrads und keiner grundlegenden Veränderung des lokalen Wasserkreislaufs keine negativen Auswirkungen auf die Wasserschutzgebietsziele zu erwarten.

Es sind jedoch auf Ebene des Bebauungsplans entsprechende Festsetzungen zu unbeschichteten Materialien und der Auswaschung dieser festzusetzen.

6.3 Archäologische Denkmalpflege

Innerhalb der FNP-Änderungsfläche sind Prüffallflächen von archäologisch denkmalschützender Relevanz, die aber entweder nicht betroffen oder wegen der Geringfügigkeit der zu erwartenden Bodeneingriffe nicht gefährdet sind. Auf Ebene des Bebauungsplans erfolgt eine entsprechende Darstellung.

Es verläuft in nord-südlicher Richtung der sog. Grafenweg, eine mittelalterliche und neuzeitliche Straße. Im kartierten Bereich (Landesamt für Denkmalpflege) können Funde und Befunde auftreten, die Kulturdenkmale nach § 2 DSchG sind.

Sollten bei der Durchführung vorgesehener Erdarbeiten archäologische Funde oder Befunde entdeckt werden, ist dies gemäß § 20 DSchG umgehend einer Denkmalschutzbehörde oder der Gemeinde anzuzeigen. Archäologische Funde (Steinwerkzeuge, Metallteile, Keramikreste, Knochen, etc.) oder Befunde (Gräber, Mauerreste, Brandschichten, auffällige Erdverfärbungen, etc.) sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist. Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (§ 27 DSchG) wird hingewiesen. Bei der Sicherung und Dokumentation archäologischer Substanz ist zumindest mit kurzfristigen Leerzeiten im Bauablauf zu rechnen. Ausführende Baufirmen sollten schriftlich in Kenntnis gesetzt werden.

6.4 Geologische- und Bodenhinweise

6.4.1 Geotechnik

Im Plangebiet liegt eine Überdeckung aus der quartären Lockergesteinseinheit "Lössführende Fließerde" vor. Darüber hinaus ist die Festgesteinseinheit "OSM-Süßwasserkalke" im Untergrund zu erwarten. Die lokalen geologischen Verhältnisse können der digitalen Geologischen Karte von Baden-Württemberg 1: 50 000 (GeoLa) im LGRB-Kartenviewer entnommen werden. Nähere Informationen zu den lithostratigraphischen Einheiten bieten die geowissenschaftlichen Informationsportale LGRBwissen und LithoLex

6.4.2 Geochemie

Die geogenen Grundgehalte in den petrogeochemischen Einheiten von Baden-Württemberg sind im LGRBKartenviewer abrufbar. Nähere Informationen zu den geogenen Grundgehalten sind im geowissenschaftlichen Informationsportal LGRBwissen beschrieben.

6.4.3 Boden

Die lokalen bodenkundlichen Verhältnisse sowie Bewertungen der natürlichen Bodenfunktionen nach § 2 Abs. 2 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) können in Form der Bo-

denkundlichen Karten 1: 50 000 (GeoLa BK50) eingesehen werden.

Generell ist bei Planungsvorhaben entsprechend § 2 Abs. 1 Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz (LBodSchAG) auf den sparsamen und schonenden Umgang mit Boden zu achten. Dies beinhaltet u. a. die bevorzugte Inanspruchnahme von weniger wertvollen Böden. Ergänzend dazu sollten Moore und Anmoore (u. a. als klimarelevante Kohlenstoffspeicher) sowie andere Böden mit besonderer Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte (vgl. LGRBwissen, Bodenbewertung – Archivfunktion) bei Planvorhaben aufgrund ihrer Schutzwürdigkeit möglichst nicht in Anspruch genommen werden.

Bodenkundliche Belange werden im Rahmen der Anhörung zu konkreten Planungen, wie z. B. Bebauungspläne, beurteilt, wenn Informationen zu Art und Umfang der Eingriffe vorliegen.

Der vorübergehende Totalverlust der Bodenfunktion durch Versiegelung und Überbauung beschränkt sich auf Trafostation und Wechselrichter. Durch die Rammtechnik beim Bau der Anlage wird keine zusätzliche Fläche versiegelt.

Für geologische Untersuchungen und die daraus gewonnenen Daten besteht nach den Bestimmungen des Geologiedatengesetzes (GeolDG) eine Übermittlungspflicht gegenüber dem LGRB. Weitere Informationsquellen des LGRB im Internet Informationen zu den Untergrundverhältnissen sowie weitere raumbezogene Informationen können fachübergreifend und maßstabsabhängig der LGRBhomepage entnommen werden. Hierzu kann der LGRB-Kartenviewer sowie LGRBwissen genutzt werden. Das Merkblatt des LGRB für Planungsträger ist zu beachten.

Mineralische Rohstoffe

Von der Planung werden keine nachgewiesenen Vorkommen berührt.

6.4.4 Grundwasser

Die hydrogeologischen und geothermischen Untergrundverhältnisse können dem Hydrogeologischen Kartenwerk des LGRB (1: 50 000) (LGRB-Kartenviewer, http://maps.lgrb-bw.de/?view=lgrb_geola_hyd) und LGRBwissen (<https://lgrbwissen.lgrb-bw.de/hydrogeologie>) sowie dem Informationssystem "Oberflächennahe Geothermie für Baden-Württemberg" (ISONG, <http://isong.lgrb-bw.de/>) entnommen werden.

Auf die Lage der folgenden Planfläche im Wasserschutzgebiet wird hingewiesen. Das Plangebiet befindet sich in der Zone III B des rechtskräftig festgesetzten Wasserschutzgebietes „Ringingen Zippenäcker“. Den genutzten Grundwasserleiter bildet die Obere Süßwassermolasse des Tertiär. Er hat eine geringe Durchlässigkeit von Oberflächenwasser und geringe bis mäßige Wasserleitfähigkeit.

Das LGRB weist darauf hin, bei dem hier genutzten Grundwasserleiter handelt es sich um einen Karst- und Kluftgrundwasserleiter. Bei der Abwesenheit von Deckschichten kann infiltrierendes Wasser in kurzer Zeit die ungesättigte Zone zum Grundwasser passieren. In Abhängigkeit von der Klüftung und der Verkarstung des Gesteins können hohe Grundwasserfließgeschwindigkeiten auftreten. Für solche Grundwasserleiter werden/ wurden für die Abgrenzung von Wasserschutzgebieten bzw. der jeweiligen Wasserschutzgebietszonen Ersatzkriterien definiert, die zu einer praktikablen Dimensionierung, aber auch zu einem verminderten Schutz des genutzten Grundwassers führen. Daraus folgt, dass bei Wasserschutzgebieten für Karst- und Kluftgrundwasserleiter auch in Bereichen der Schutzzone III die Fließzeit des Grundwassers deutlich weniger als 50 Tage zu den Fassungen betragen kann.

7. Zusammenfassung

Mit der 6. Änderung des Flächennutzungsplans 2015, der 1. Teilfortschreibung Gewerbe+Energie des Flächennutzungsplans von 2021 der Verwaltungsgemeinschaft Allmendingen

gen / Altheim sollen die bauleitplanerischen Voraussetzungen zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für die Erweiterung einer Agri-Photovoltaikanlage geschaffen werden.

Mit der Flächennutzungsplanänderung soll durch die Ausweisung von Flächen mit Zweckbestimmung „Agri-PV“ für großflächige Agri-Photovoltaik der Aspekt regenerativer Energienutzung bei Erhaltung und Integration der vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzung als Beitrag zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung in der vorbereitenden Bauleitplanung eingebracht werden.

Durch den Ausbau von Agri-Photovoltaikanlagen kann eine klimaschädliche Energieproduktion ersetzt werden und damit weiteren Auswirkungen des Klimawandels entgegengewirkt werden. Den Planungszielen zur planungsrechtlichen Vorbereitung von Potenzialflächen zur regenerativen Energiegewinnung wird von der Verwaltungsgemeinschaft hohe Priorität eingeräumt und in der Abwägung gegenüber anderen Belangen Vorrang eingeräumt. Auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung sind die Ansprüche an Landschaftsschutz und nachhaltiger Flächenentwicklung zu konkretisieren.

aufgestellt:
Stuttgart, Stand 14.04.2025
letztmalig geändert: 01.12.2025
Studio Stadtlandschaften GmbH